

Norman Böttcher, Daniel Katzenmaier, Max Temmer (Hg.)

Selbstorganisierte politische Jugendarbeit im Konflikt

Ein halbes Jahrhundert Jugendzentrum in Selbstverwaltung
Friedrich Dürr Mannheim



Norman Böttcher, Daniel Katzenmaier, Max Temmer (Hg.)

Selbstorganisierte politische Jugendarbeit im Konflikt

Ein halbes Jahrhundert Jugendzentrum in Selbstverwaltung
Friedrich Dürr Mannheim



Norman Böttcher, Daniel Katzenmaier, Max Temmer (Hg.)

Selbstorganisierte politische Jugendarbeit im Konflikt

Ein halbes Jahrhundert Jugendzentrum in Selbstverwaltung
Friedrich Dürr Mannheim



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Das Buchprojekt wurde finanziell vom Stadtjugendring Mannheim gefördert.

© WOCHENSCHAU Verlag,
Dr. Kurt Debus GmbH
Frankfurt/M. 2023

www.wochenschau-verlag.de

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil dieses Buches darf in irgend einer Form (Druck, Fotokopie oder einem anderen Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet werden.

Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier
Satz: Julia Laukert
Layout: Wochenschau Verlag
ISBN 978-3-7344-1566-1 (Buch)
E-Book ISBN 978-3-7566-1566-7 (PDF)
ISSN 2749-7305
eISSN 2749-7313
DOI <https://doi.org/10.46499/2170>

Inhalt

Grußworte

Grußwort vom Oberbürgermeister der Stadt Mannheim	<i>Peter Kurz</i> 7
Wie labil ist die Soziale Arbeit? Grußwort aus der Fakultät für Sozialwesen der Hochschule Mannheim	<i>Joachim Weber</i> 10
Grußwort des Stadtjugendrings Mannheim	<i>Elina Brustinova & Suhail Butt</i> 15

Einleitung: Selbstorganisierte, politische Jugendarbeit im Konflikt	<i>Norman Böttcher, Daniel Katzenmaier & Max Temmer</i> 18
---	--

Teil I: Rebellische Jugend – Das JUZ als Teil der Jugendzentrumsbewegung

Die konfliktreiche Jugendphase des JUZ <i>reloaded</i> : Raum für selbstorganisierte Freizeit oder „Notgemeinschaft der Selbstverwaltungsgeschädigten“?	<i>Norman Böttcher & Daniel Katzenmaier</i> 33
Linksautonome Ein-Blicke von außen – Persönliche Eindrücke zum JUZ bis zum Rückgang des DKP-Einflusses	<i>Kamillus Wolf</i> 75

Teil II: Die bittere Realität der Volljährigkeit – Die zweite Lebenshälfte nach dem Umzug an den Stadtrand

„Jagt die Jäger, schwingt die Keulen...“	<i>VEB Laut & Lästig</i> 84
Fast zwei Jahrzehnte radikaler Antifaschismus	<i>AK Antifa Mannheim</i> 87
50 Jahre JUZ – 20 Jahre OAT!	<i>Offenes Antifaschistisches Treffen Mannheim</i> 102
Feministische Strukturen im JUZ: Feminist Action & Lady*Fest – Schnipsel der Erinnerung	<i>Stefanie Gora</i> 108
Undogmatische, antifaschistische und selbstorganisierte Bildungsarbeit	<i>INPUT Mannheim</i> 111

Demokratie leben! Jugendzentrum in Selbstverwaltung „Friedrich Dür“ muss erhalten bleiben.....	
..... <i>Netzwerk für Demokratie und Courage Baden-Württemberg</i>	118
„Wir versuchen diese Linie, die es dazwischen gibt, ein bisschen aufzubrechen“ – Professionelle Jugendarbeit im JUZ.....	
..... <i>Interview mit den Leiter:innen des Jugendcafés</i>	120
Das JUZ-Büro: Bezahlte Revolutionsarbeit oder Befriedung durch Bestechung?	
..... <i>Max Temmer</i>	133
Fanzines aus dem JUZ – ein Rückblick	
..... <i>Albert Lätsek</i>	155
Krach als Kunst.....	
..... <i>Die Fachschaften Proberaum, Konzert und Disco</i>	161
Lehrlinge und Gangster: Blitzlichter auf 50 Jahre Theater im JUZ	
..... <i>Theaterfachschaft</i>	167
„Viel hilft viel und so viel Knoblauch war es bestimmt auch nicht“	
..... <i>Küchenfachschaft</i>	180
D.I.Y. – Facetten selbstverwalteter Strukturen.....	
..... <i>Fachschaft für Fotografie</i>	182
 Teil III: Auch im Alter hoch lebendig – Generationenübergreifender Dialog	194
„Es war so ein Zugehörigkeitsgefühl, ein Moment, dass das, was ich mache, irgendwie gut und nachhaltig ist und Sinn macht“	
..... <i>JUZ-Generationen im Gespräch</i>	197
 Literatur- und Quellenverzeichnis.....	251
Autor:innenhinweise	260

Grußworte

Grußwort vom Oberbürgermeister der Stadt Mannheim

Dr. Peter Kurz

Das *Jugendzentrum in Selbstverwaltung Friedrich Dürr* feiert in diesem Jahr sein 50-jähriges Bestehen. Es ist damit eines der ältesten selbstverwalteten Jugendzentren in Deutschland und zählt heute zu den wichtigsten ehrenamtlich getragenen Jugend-, Kultur- und Bildungseinrichtungen in Mannheim.

Entstanden im Zuge der Jugendzentrumsbewegung Anfang der 1970er Jahre hat sich das „JUZ“ – zunächst in der Innenstadt, seit 1994 in der Neckarstadt – zu einem in der Region singulären Begegnungsort für junge Menschen entwickelt, an dem die Bereiche Kultur und Subkultur, partizipative Jugendarbeit, politische Bildung und soziales Engagement zusammenschmelzen.

Das JUZ versteht sich selbst als Freiraum, als einen „Ort, an dem Menschen jenseits kapitalistischer Verwertungslogik ihr Leben selbst gestalten können – durch politische Veranstaltungen, Partys, Konzerte und ganz einfach durch die Möglichkeit, sich ohne Konsumzwang zu treffen, auszutauschen und zu organisieren.“ Seit seiner Entstehung im Jahr 1973 ist das JUZ eine zentrale Anlaufstelle für alternative, subkulturelle Musikszenen und Jugendkulturen der Region. Doch will es erklärtermaßen mehr sein als eine Party-Location. Ein besonderes gesellschaftspolitisches Engagement zeichnet das JUZ und seine Aktiven aus. Benannt nach dem Mannheimer Antifaschisten und Widerstandskämpfer Friedrich Dürr, der 1938 von den Nationalsozialisten verhaftet und kurz vor Kriegsende bei der Befreiung des KZ Dachau getötet wurde, knüpft das JUZ seine Angebote an ein politisch-linkes Grundverständnis, das sich in vielfältigen Aktivitäten gegen Rassismus, Antisemitismus, Rechtspopulismus, Homophobie und anderen Diskriminierungsformen äußert. Es war mit seiner politischen Positionierung immer wieder Gegenstand von Debatten und Versuchen, die städtische Unterstützung

für diesen selbstverwalteten Raum einzustellen. Dies hatte jedoch – nach meiner Überzeugung zu Recht und zum Glück – nie eine Mehrheit gefunden.

Seit Jahrzehnten ist damit das JUZ ein wichtiger Treffpunkt und Veranstaltungsort für antifaschistische, antirassistische, feministische, pazifistische, ökologische und andere Gruppen und Zusammenschlüsse. Dazu zählt auch die Regionalgruppe des vielfach ausgezeichneten *Netzwerks für Demokratie und Courage* (NDC), dessen Teamer*innen vielfältige politische Bildungsarbeit an Schulen sowie in der KZ-Gedenkstätte Sandhofen leisten. Darüber hinaus engagiert sich das JUZ für Geflüchtete und Migrant*innen und bietet regelmäßig kostenlose Sprachkurse in seinen Räumlichkeiten an. Es ist Mitglied im *Bündnis Mannheim gegen Rechts* (MgR) sowie im *Stadtjugendring Mannheim e.V.*.

Die politischen Standpunkte und Aktionsformen der JUZ-Aktiven in gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen mögen oft streitbar sein und Angriffsflächen bieten. Nichtsdestotrotz war und ist das JUZ ein wichtiger Ort der Demokratiebildung in Mannheim, an dem junge Menschen in Vortragsveranstaltungen, Workshops, politischen Diskussionen sowie der wöchentlichen Vollversammlung lernen einander zuzuhören, sich eine Meinung zu bilden, ein politisches Bewusstsein zu entwickeln, Standpunkte zu vertreten und Verantwortung zu übernehmen – aber auch, sich über die Bedingungen einer demokratischen Diskussions- und Streitkultur bewusst zu werden.

Als selbstverwaltete Einrichtung lebt das JUZ von der ehrenamtlichen Mitarbeit vieler. Ein Blick auf die Liste der im *Jugendzentrum Friedrich Dürer* vorhandenen Fachschaften lässt erahnen, wieviel Engagement die Aktiven hier aufbringen, um das JUZ als Ort zu erhalten, an dem Jugendliche eigenverantwortlich Ideen und Interessen verwirklichen, kreativ sein und sich engagieren können. Fachschaften für Musik, Sport, Garten, Siebdruck, Technik, Küche, Café, Fahrradreparaturen oder den „Infoladen“ zeugen von einer großen Bandbreite an Entfaltungsmöglichkeiten. Sie sind Ausdruck eines besonderen self-empowerments junger Menschen und der vielfältigen Möglichkeiten, soziale Kompetenzen zu erwerben sowie zu verstetigen.

Dem JUZ und seinen Aktiven gratuliere ich herzlich zum 50-jährigen Bestehen und danke den – ehemals wie auch aktuell – Beteiligten für ihre überaus engagierte Jugend-, Bildungs- und Kulturarbeit, die dort seit nunmehr

fünf Jahrzehnten ehrenamtlich geleistet wird. Zugleich danke ich den Herausgebern sowie den Autor*innen dieser Festschrift für ihre umfassenden Recherchen und die detailreiche Darstellung der Geschichte des JUZ. Dem Sammelband wünsche ich eine breite Leserschaft.

Auf die nächsten 50 Jahre *Jugendzentrum in Selbstverwaltung Friedrich Dürr!*

Mannheim, im November 2022

A handwritten signature in black ink, consisting of the letters 'PK' followed by 'Kurz' in a cursive style.

Dr. Peter Kurz
Oberbürgermeister

Wie labil ist die Soziale Arbeit? Grußwort aus der Fakultät für Sozialwesen der Hochschule Mannheim

Prof. Dr. Joachim Weber

Am 5.12.1974 bringt der *Mannheimer Morgen* ein Foto von zwei Studierenden, die dabei sind, einen Raum der *Fachhochschule für Sozialwesen in Mannheim*, im Allgemeinen damals nur FHS genannt, mit einem riesigen Wandgemälde auszustatten, das auf die chilenische Revolution mit dem Schriftzug „Venceremos“ aufmerksam machen soll. Zeitzeugen berichten davon, dass die Initiative von einem an der FHS studierenden chilenischen Flüchtling angestoßen wurde. Bezeichnend für den Umgang der kommunalen Presse mit der FHS zu dieser Zeit ist der Kommentar, den der *Mannheimer Morgen* zum Bild bringt:

„Hammer und Sichel als Freiheitssymbole an der Wand eines Aufenthaltsraumes studentischer Vertretungen, man wird seine eigenen Gedanken darüber haben dürfen, wie weit es sich hier um Solidarität mit dem chilenischen Volk und wie weit um den Ausdruck marxistischer Grundhaltung der Studentenschaft einer staatlichen Fachhochschule handelt, deren Absolventen im späteren Beruf gerade mit labilen Menschen zu tun haben.“

Hier wird nicht nur die Botschaft der Solidarität in Frage gestellt, dem ein ganz offensichtliches Befremden gegenüber politisch links eingeordneten Symbolen gegenübergestellt wird. „Marxistische Grundhaltung“ und staatliche Fachhochschule scheinen nach Auffassung der Zeitung nicht zusammen zu passen. Immerhin befinden wir uns mitten im Kalten Krieg. Das Bild regt ganz offensichtlich hier die Fantasie an, dass die FHS als staatliche Institution kommunistisch unterwandert wird. Von besonderer Brisanz ist jedoch die Zuschreibung des professionellen Auftrags: Soziale Arbeit hat nach Auffassung des *Mannheimer Morgen* den Auftrag, sich um „labile Menschen“ zu kümmern, statt politische Meinungen öffentlich zu vertreten. Letztlich hat sie anscheinend mit solch einem Auftrag gänzlich aus dem öffentlichen Diskurs zu verschwinden, weil derart labilisierte Menschen offenkundig mit jeder Form von Öffentlichkeit als überfordert angesehen werden sollen.

Stärker kann der Gegensatz zwischen Selbstverständnis der FHS zu dieser Zeit und der öffentlichen Meinung nicht dargestellt werden. In dieser Öffentlichkeit firmiert die Hochschule als „linke Kaderschmiede“ oder „Klein Kuba“ und in dieser Einordnung bewegen sich Landespolitik und Presse auf einer Wellenlänge. Hierzu noch einmal der *Mannheimer Morgen* vom 19.4.1975:

„Dennoch ist unverkennbar, daß der Linksdrall an der Maybachstraße (dem damaligen Standort der FHS) stärker ausgeprägt ist als an anderen Plätzen. Die Sorgen und Bedenken der Landesregierung können also zumindest partiell als begründet und berechtigt angesehen werden.“

Hier wird offensichtlich die Fantasie von der FHS als einem Kommunist:innenest angeregt. Banalisiert wird demgegenüber die Rolle des Ministeriums als sorgenvolles Bedenken, wo dieses mit seinen repressiven Maßnahmen den Konflikt erst auf die Spitze treibt. Wenige Monate später, am 21.6.1975, berichtet die Zeitung aus dem Ministerium:

„Der Minister wies darauf hin, daß bei einem (relativ) extrem hohen Teil der (nebenamtlichen) Lehrbeauftragten Zweifel an der Verfassungstreue bestünden. Das lasse eventuell Rückschlüsse auf die Zusammensetzung auch des hauptamtlichen Teils des Lehrkörpers zu.“

Die hier vorgenommene Augenwischerei ist fast schon beeindruckend. Es handelt sich immerhin um die Durchsetzung von Berufsverboten durch das Ministerium selbst, von denen die FHS mit acht Lehrbeauftragten stark betroffen ist. Aber wird dieser Anteil nun von ministerieller Seite als relativ oder extrem hoch bewertet? Das Ministerium jedenfalls setzt erst die Berufsverbote durch und stigmatisiert damit die Hochschule als radikal, um daraufhin selbst erst den Vorwand dafür zu liefern, weitere Repressionen durchzusetzen. Die Durchsetzung von Berufsverboten gegenüber Lehrbeauftragten wird genutzt, um der ganzen Hochschule mangelnde Verfassungstreue zu unterstellen. Tatsächlich erwägt das Ministerium zu dieser Zeit die Schließung der Fachhochschule, so dass die Studierenden schließlich dichten: „Es dreht der Hahn die Schlinge zu. Es droht auch uns die Friedhofsruhe, wenn wir nicht protestieren – wer wird es noch riskieren, bewusst hier zu studieren?“

Die Geschichte der FHS in den 70er Jahren ist von Kämpfen bestimmt. Nur eine – aber durchaus zentrale – Front ist die gegenüber dem Ministerium.

Studierende boykottieren den Besuch von Ministern, das Ministerium unterstellt Notengebung nach Gesinnung und lässt ohne Vorwarnung alle Prüfungsleistungen ins Ministerium transportieren, um diesen Verdacht zu überprüfen, der sich jedoch nicht erhärtet. Streikende Studierende werden in einem Schreiben des Kultusministers vom 7.10.1977 mit Sperrung des BAföG-Anspruchs bedroht, der Professor:innenschaft wird in einem weiteren Schreiben des Ministeriums vom 25.11.1977 unterstellt, angesichts des Streiks von Studierenden Dienstvergehen begangen zu haben, weil sie ihre Vorlesungen nicht gehalten hätten. Die Landespolitik kennt in diesem Konflikt offensichtlich nur eine einzige Richtung: die Repression.

Eine ganz andere Konfliktlinie betrifft das Verhältnis zwischen Studierenden und Lehrenden, allen voran um das Thema Prüfungen, aber auch die verschiedenen politischen Gruppierungen unter den Studierenden bekämpfen sich mit allen Mitteln. Und schließlich berichten ehemalige Lehrende, dass es im Kollegium um die gleichen politischen Konfliktlinien ging (Utz/Behr 2016: 91). Jeder wurde politisch eingeordnet entweder als konservativ und damit ohnehin abgeschrieben oder als reformistisch versus linksautonom (Vandamme/Sichau 2016: 113). Der *Allgemeine Studierenden Ausschuss* (AStA) wurde nach Parteizugehörigkeit geführt und in der Regel dominiert vom *Sozialistischen Hochschulbund* (SHB) in Koalition mit dem der DKP zugehörigen *Marxistischen Studentenbund*, auch MSB Spartakus genannt. Die Opposition bildete dagegen die *Maoistische Kommunistische Hochschulgruppe*, die dem KBW nahestand, die Gruppe trotzkistische *Gruppe Internationaler Marxisten* (GIM) sowie die *Unabhängige Linke Liste* bzw. Basisgruppe.

Damit sind zentrale Parallelen zur Geschichte des JUZ in Mannheim gezogen, dessen Gründung in die Anfangszeit der FHS fiel. Der damalige Professor Carsten Otte bringt überhaupt die Gründung des JUZ mit einer Initiative der FHS in Zusammenhang, nämlich als ein Projekt alternativer Jugendarbeit, die nicht auf pädagogische Lenkung abzielt, sondern auf Unterstützung der Selbstverwaltung der Jugendlichen (Törnig/Otte 2016: 100). Diese zeigten nämlich in keiner Weise im Sinne des *Mannheimer Morgen* „Labilität“, sondern waren politisch äußerst aktiv, dabei aber von den gleichen politischen Grabenkämpfen beherrscht wie die FHS. Es lag nahe, dass Jugendliche und junge Erwachsene, die durch das JUZ sozialisiert wurden, sich auch

an der FHS um einen Studienplatz bemühten. Umgekehrt fanden Studierende über politisches Engagement, studentische Praktika und Festanstellung den Weg ins JUZ. Und so wie die DKP den AStA dominierte und das Jugendamt übernahm, so unterdrückten sie auch im JUZ die Initiativen der Spontis. Und so, wie die FHS mit den Auflösungserscheinungen der politischen Gruppierungen Mitte der 80er Jahre ihren politischen Impuls verlor und sich in Richtung einer zunehmenden Psychologisierung entwickelte und damit wesentlich besser in die Sorge um „labile Menschen“ passte, die der *Mannheimer Morgen* so gerne von den Absolvent:innen wollte, so ging auch im JUZ mit Verzögerung ab den späten 1980er Jahren zunächst das Engagement in der Selbstverwaltung etwas zurück. Allerdings konnte das JUZ immerhin seine antifaschistische Aktivität als politisches Statement über die Zeit retten. Heute ist die FHS zu einer Fakultät der *Hochschule Mannheim* geworden. Kamillus Wolf, Studierender der FHS in den 70er Jahren und seit 20 Jahren Lehrbeauftragter, beschreibt den Entwicklungsprozess als „Niedergang“ mit „Studierenden ohne Meinung“ und „mittlerweile angepassten Professoren“ (Löffler/Wolf 2016: 107). Mit einigem Recht könnte man allerdings behaupten, dass die damaligen Anhänger mancher politischer Splittergruppen erst recht dem Anpassungs- und Meinungslosigkeitsvorwurf verfallen waren. Sein ehemaliger Studienkollege Edmund Sichau, selbst langjähriger Lehrbeauftragter, ergänzt die Beobachtung im Sinne einer Verlagerung der Politisierung. Die Studierenden verlangen heute nicht mehr von den Lehrenden eine politische Stellungnahme, sondern die Lehrenden bemühen sich umgekehrt darum, die Studierenden zur Kritik zu animieren (Vandamme/Sichau 2016: 114). Ein Kontakt zwischen Hochschule und JUZ ist bis heute geblieben, sowohl über das Semesterpraktikum im Studium als auch über Abschlussarbeiten, die Themen und Initiativen des JUZ wissenschaftlich aufarbeiten.

Sowohl im JUZ als auch in der Hochschule will vermutlich kaum einer zurück in die Zeiten des Lagerdenkens und der politischen Grabenkämpfe der Gründungszeit, aber die Frage nach gelingenden Formen politischer Partizipation, um in unserer Zeit auf neue Weise eine machtvolle Stimme zu erheben, ist noch nicht beantwortet. Wenn die politische Artikulation an ein Kaderdenken gebunden ist, zeigt sie eine ganz eigene Form der Labilität. Das

wären keine guten Voraussetzungen für die politisch unruhigen Zeiten, die uns alle erwarten.

Grußwort des Stadtjugendrings Mannheim

Elina Brustinova & Suhail Butt

Weil wir anfangen, wir selbst zu sein ...

Wir werden kämpfen, wir werden siegen.

Ein Jugendzentrum werden wir kriegen!

So heißt es in dem Song, der als kämpferischer Soundtrack den Dokumentationsfilm (Frindt 2020) zur Entstehung des *Jugendzentrums in Selbstverwaltung Friedrich Dürr Mannheim (JUZ)* untermalt und damit überhaupt auch jene Zeit musikalisch komprimiert, aus der deutschlandweit eine Bewegung hervortrat, um sich für die Rechte von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in besonderer Weise einzusetzen. Und das war mitnichten ein Kinderspiel – ganz im Gegenteil. Dass das, also all die Anstrengungen und Auseinandersetzungen, im Falle des JUZ Friedrich Dürr schon 50 Jahre her sein soll, klingt irgendwie verstörend. Und es mutet tatsächlich auch seltsam an, die Zahl und die Worte sinnvoll zusammenzubringen: Ein Jugendzentrum? 50 Jahre „alt“? Bitte, wie?

Natürlich ist das dann auch jener kauzige Moment, wenn die „Alten“, also die „Jungen“ von damals, darüber sprechen, was es damals bedeutet hat, jung zu sein und wie schwerwiegend die Auseinandersetzungen auch und vielleicht gerade nach der Generation 68 mit der Generation der eigenen Eltern und Großeltern auch und gerade wegen 68 immer noch war. Doch spätestens dann wird ebenso klar, was es bedeutet, den 50. Geburtstag eines Jugendzentrums Friedrich Dürr zu feiern. In Zeiten, wie diesen, in denen Jugendliche und junge Erwachsene medial und politisch erneut kriminalisiert werden, wenn sie auf ihre ganz konkreten und nur allzu berechtigten Zukunftsängste aufmerksam machen und dafür auch Mittel des zivilen Ungehorsams einsetzen. Ja, geradezu einsetzen müssen, um sich Gehör zu verschaffen. Das hat viel mit Macht und eben der Kritik an den bestehenden Verhältnissen zu tun. Und das hat vermutlich auch etwas damit zu tun, sich nicht qua Alter einer Logik zu unterziehen, die sich einem als jungen, noch ideenreichen und unverbrauchten Menschen völlig entzieht.

Und so ist mensch geneigt zu sagen, dass allein deshalb schon jede Generation von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen den inneren Drang entwickeln muss und manchmal auch den ganz konkreten Zwang dazu hat, sich von sozialen Fesseln und Beschränkungen zu lösen, sich Handlungs- und Möglichkeits-, manchmal in erster Linie auch Schutzräume zu erstreiten und zu erkämpfen. Dass das vor 50 Jahren auch in Mannheim einer großen Zahl engagierter junger und junggebliebener Menschen gelungen war, sich jene besagten selbstorganisierten und eigenverantwortlich geführten Räume zu erstreiten, das gilt es zu feiern, zu beglückwünschen und für mindestens die nächsten 50 Jahre zu stärken und zu sichern.

Denn das JUZ Friedrich Dürr ist seit eben nunmehr 50 Jahren ein unverzichtbarer Baustein der Jugendarbeitslandschaft in Mannheim und das mit bundesweiter Bedeutung. Viele andere selbstverwaltete Jugendzentren schauen noch heute auf das große Vorbild, nicht zuletzt, weil es den Weg dafür geebnet hat, dass Soziale Arbeit mit und für junge Menschen überhaupt in den Kanon der, wenn auch freiwilligen, Verwaltungsleistungen aufgenommen wurde und so auch in Mannheim über das gesamte Stadtgebiet Einrichtungen der Offenen Jugendarbeit entstanden sind.

Seine Strahlkraft hat es nie verloren, glänzt es noch heute mit einem offenbar unerschöpflichen Quell an ehrenamtlichen Akteuren, die sich mit hoher Fachlichkeit und überbordender Leidenschaft anbieten, Verantwortung für die Herausforderungen unserer Gesellschaft zu übernehmen. Sich laut und stark einzubringen in Fragen der Gerechtigkeit und Solidarität, der Freiheitlichkeit, gegen Ausgrenzung und strukturelle Gewalt. Die sich konstruktiv und innovativ jugendpolitischen Diskursen stellen, wenn sie diese nicht sogar erst herstellen.

So wie zum Zeitpunkt der Gründung 1973, war das JUZ Friedrich Dürr nicht nur Ausdruck des dringenden Wunsches junger Menschen nach Eigenständigkeit und Freiräumen, frei von dauernder behördlicher Kontrolle. Natürlich ging es in erster Linie darum, Eigen-Verantwortung zu übernehmen, Sozialkompetenz zu entwickeln, eigener Kreativität freien Lauf zu lassen. Es ging darum, demokratische Entscheidungsprozesse zu üben, weiterzuentwickeln, selbst wirksam zu werden. Alles klassische Grundlagenskills der Jugend- und Jugendverbandsarbeit. Heute wie damals. Nur, dass es diese Gründung, diese Vorkämpfe brauchte, um all das gesellschaftlich, politisch und

auch verwaltungstechnisch zu etablieren und zum klaren Auftrag aller Generationen im Sinne der jeweils Jungen zu machen.

Nun hat das JUZ Friedrich Dürr also einen entscheidenden Anteil an der Architektur der Sozialen wie der Jugendarbeit, auch wenn es selbst immer den Drang hatte selbständig zu bleiben, sich nicht vereinnahmen zu lassen und unabhängig zu sein von sich ständig wechselnden politischen Großwetterlagen. Dieser Drang nach Unabhängigkeit war so groß, dass es dann noch immer bis zum 16.11.2016 gedauert hat, bis das JUZ als Vollmitglied auch in die Reihen des Stadtjugendrings (SJR) aufgenommen wurde, weil die JUZ-Vollversammlung sich erst 2015 dazu durchgerungen hatte, einen Aufnahmeantrag zu stellen. Seither ist das JUZ wichtige Kraft in Diskussionsrunden und bei Versammlungen unter dem gemeinsamen Dach der Jugendverbände dieser Stadt und auch hier, aus dem SJR nicht mehr wegzudenken.

Wir danken für 50 Jahre Einsatz für die Interessen junger Menschen in dieser Stadt und auch weit darüber hinaus. Für die inspirierende Kraft so vieler haupt- und ehrenamtlicher Akteure, die sich über Generationen hinweg immer den gegenwärtigen und auch den noch bevorstehenden Herausforderungen stellen, mit Ideen, mit Angeboten, mit Energie. Auf die nächsten 50!



Abb. 1, Frontansicht Jugendzentrum Friedrich Dürr, JUZ-Archiv 2014

Einleitung: Selbstorganisierte, politische Jugendarbeit im Konflikt

Ein halbes Jahrhundert Jugendzentrum in Selbstverwaltung Friedrich Dürr Mannheim

Max Temmer, Daniel Katzenmaier und Norman Böttcher

Wir schreiben Januar 1973. Die Jugendzentrumsbewegung läuft auch in Mannheim bereits auf Hochtouren. Schon seit 8 Monaten sitzen hunderte Jugendliche aufgrund der Schließung einer Jugendkneipe auf der Straße und kämpfen seitdem in der *Aktion Jugendzentrum in Selbstverwaltung*. Regelmäßig demonstrierten sie „gegen die Ausbeutungs- und Nepplokale“ (JUZ-Archiv 1973: 1), weil ihnen sowohl in den „üblichen Kneipen und Diskotheken“ als auch in den „existierenden Jugendheim[e]n“ mit ihren „starren Hausordnungen und von oben gelenkten Programm[en]“ ihr „Recht auf Freizeitmöglichkeiten“ nach eigenen Vorstellungen vorenthalten wird. Auf Flugblättern und Plakaten kritisieren sie lautstark, dass die „Antwort der Stadt [...] massiver Polizeieinsatz und Verhaftungen“ (ebd.) war. Nach langem Protest auf der Straße, einer immensen, teils bundesweit erzeugten medialen Aufmerksamkeit und zähen Verhandlungen mit den Repräsentanten der Stadt (ausschließlich Männer), die ihnen zahlreiche Steine in den Weg legten, stand nun endlich der Bezug eines Gebäudes in Aussicht. Die bisherigen Erfahrungen, die in diesem Kampf gemacht wurden, ließen das Misstrauen zu diesem Zeitpunkt allerdings noch fortbestehen. Dennoch wurde der bitteren gesellschaftlichen Realität mitsamt ihres „Jugendproblems“ mit Witz und Parodie begegnet.



Abb. 1, Flugblatt der Theaterfachschaft, JUZ-Archiv 1973

Die Jugendlichen von damals hatten wohl weder daran geglaubt, dass sie schon drei Monate später in das von ihnen selbst verwaltete Jugendzentrum einziehen können, noch, dass dieses „JUZ“ die Zeitrechnung „Anno 2011“ inzwischen doch sehr deutlich überdauern wird. Der ‚Trottoirwitz‘ entfaltet die Ironie seiner Geschichte jedoch erst im historischen Rückblick. Denn wenn am „0. Mai“ 2023 das *Jugendzentrum in Selbstverwaltung Friedrich Dürr Mannheim* (JUZ) sein 50. Jubiläum feiert, ist die Frage, ob es sich als *Jugendzentrum* selbst überlebt hat, durchaus aktuell. Aber wie soll ‚ewige Jugend‘ auch verwirklicht werden? Ein entsprechendes Elixier konnte auch in diesem sonst so fortschrittlichen Hause bisher noch nicht gebraut werden. Dabei ist ‚ewige Jugend‘ selbst bereits Teil eines Gesamtbildes, welches es als Ideologie zu kritisieren gilt.

Schaut man in die bis heute prägende Medieninszenierung der sog. 68er-Generation, werden zumeist Jugendbilder wachgerufen, die sich viel eher irgendwo zwischen Blumenkindern und Weltmusik als in der Tristesse grauer Großstädte ohne Platz für ihre Jugendlichen bewegen. Trotz der inzwischen unzählbaren Wortmeldungen einstiger Protagonist:innen im Zuge des 50. Jubiläums von 1968, das bereits vielfach zum „Mythos“ (Winkler 2020) geronnenen ist, scheint es zuweilen noch immer so, als sei die amerikanische Hippie-Bewegung mitsamt ihrer Musik und propagierten sexuellen Freizügigkeit

schlicht nach Europa übergeschwappt. Schaut man allerdings auch nur ein klein wenig genauer hin, so wird die Geschichte – wie so oft – doch deutlich komplizierter. Mit Blick auf die Anfänge der Jugendzentrumsbewegung in Deutschland fällt auf, dass es vor Ort in den Städten doch sehr konkrete soziale Notlagen gab, die diese soziale Bewegung prägten. Fast überflüssig zu erwähnen, dass dies auch ein entscheidender Punkt war, der das Interesse der gerade im Entstehen begriffenen akademischen Sozialarbeit und -pädagogik (heute i.d.R. als Soziale Arbeit bezeichnet) weckte. Die Jugendzentrumsbewegung kann im postnazistischen Deutschland selbstverständlich nicht unabhängig von der sonstigen gesellschaftlichen Situation, also etwa von der nationalsozialistisch geprägten Vergangenheit der Eltern der Jugendlichen, entsprechenden Sozialisationsbedingungen in den Familien, vom ‚Wirtschaftswunder‘ der 1950er und 60er Jahre und gleichzeitigen Fehlen kommunaler, sozialer Infrastruktur (auch zur Freizeitgestaltung für Jugendliche) betrachtet werden. Nachdem vielfach in einer Art antiamerikanischen Reflex die offenen Jugendhäuser der *German Youth Activities*, die die „Besatzer:innen“ direkt nach dem Krieg als ein Moment ihrer *Re-Education*-Programme ins Leben riefen, in die traditionellen deutschen Verbandsstrukturen überführt oder gleich ganz geschlossen wurden (Oechler 2022), gab es eigentlich so gut wie keine offenen Jugendzentren mehr (auch keine städtischen). Das änderte sich erst mit der Jugendzentrumsbewegung, die im unmittelbaren Nachgang der ’68er neue Räume durch teils sehr harte politische Kämpfe erringen konnte (Steinacker 2016; Siegfried 2018). Schon ab den 1960er Jahren wurde in der politischen Bildungs-, wie in der Jugendarbeit, die beide anfangs noch sehr eng verwoben (vgl. Giesecke 1965 & 1966) und durch eine Welle der Professionalisierung angetrieben waren, das Ziel verfolgt, junge Menschen zu kritischen, aufgeklärten und mündigen Erwachsenen zu erziehen. Diese Entwicklungen wurden mit neuen, erziehungswissenschaftlichen Theorien begründet (Mollenhauer 1964) und hatten zugleich eine praktische, d.h. politische wie pädagogische Wirkmacht entfaltet: Kritische Individuen wurden zur notwendigen Voraussetzung für gesellschaftliche Veränderungen, wie Demokratisierung, Emanzipation etc. (Templin 2015: 147f.), erklärt. Dabei stand die neue Theorie allerdings im Widerspruch zu den bis dahin weitestgehend vorherrschenden Einrichtungen repressiver Jugendhilfe, etwa den real existierenden Jugendheimen, in denen mit äußerst autoritären

Methoden vor allem Wert daraufgelegt wurde, delinquente und obdachlose Jugendliche zu verwahren und zu disziplinieren. Hunderte Kinder und Jugendliche flohen regelmäßig aus diesen Heimen und schlossen sich in Gruppen zusammen, um auf der Straße zu überleben (sog. Trebegänger:innen). Die systematische Missachtung von Rechten und die teils exzessive Gewalt schockierten nicht nur Jugendliche, sondern zunehmend auch die (angehenden) Sozialarbeiter:innen und Sozialpädagog:innen (Kappeler 2016: 125) sowie allmählich auch die breite Öffentlichkeit. Insbesondere die Heimbewegung hatte dabei einige Aufmerksamkeit erregt. Die Besetzung des *Georg-von-Rauch-Hauses* in Berlin Ende 1971 und der darauffolgende Kampf mit der Stadtverwaltung entfaltete hierbei eine enorme Strahlkraft in die gesamte Bundesrepublik. Jugendliche, viele davon ebendiese sog. Trebegänger:innen, besetzten zusammen mit solidarischen Erwachsenen ein Haus und konzipierten ein Wohnkollektiv, das gleichzeitig Raum für ein Jugendzentrum bieten sollte. Wie auch wir in einzelnen Gesprächen mit der Gründungsgeneration des JUZ in Mannheim feststellten [vgl. *Gruppengespräch am Ende des Sammelbandes*], wurden diese Geschehnisse zu einem Bindeglied der gesamten Jugendzentrumsbewegung (Kappeler 2016: 150f.). Schon beim *Georg-von-Rauch-Haus* in Berlin lag in den Verhandlungen mit der Stadt ein entscheidender Streitpunkt in der Frage, ob Sozialarbeiter:innen angestellt werden sollten und wer die Weisungsbefugnis über sie hat. Hier scheint bereits der große Konflikt um das politische wie pädagogische Ziel dieser neuen Jugendarbeit auf. Während sich klassische Jugendpflege noch schützend zwischen Gesellschaft und Jugend stellte, wurde nun vielmehr gefragt, ob nicht genau diese Haltung Emanzipation im umfassenderen Sinne verhindere, weil die realen gesellschaftlichen Widersprüche gar nicht ins Bewusstsein der Jugendlichen vordringen können (Armut trotz Reichtum, Diskriminierung trotz Integration etc.). Zur Reflexion dieser negativen Freiheit gesellte sich sogleich die Suche nach einer positiven, etwa indem der Jugend seitens der Pädagogik mehr Autonomie und Selbstorganisation zugestanden wurde. Teilweise wurde sie sogar eingefordert. Frühestmögliche Selbstbestimmung galt als sozialisatorische Grundlage auf dem Weg zum neuen, demokratischen Menschen. Die Jugendzentrumsbewegung breitete sich in den Folgejahren rasch über das ganze Bundesgebiet aus. Dabei engagierten sich Sozialarbei-

ter:innen oft aktiv in den einzelnen Initiativgruppen, die sich für Jugendzentren (zumeist in Selbstverwaltung) einsetzten, wobei ihre pädagogischen Perspektiven und Intentionen von Anfang an vielfältig waren. Beispielsweise konnte unter dem pädagogischen Leitziel der Emanzipation (Giesecke 1980) die selbstorganisierte Freizeitgestaltung von Jugendlichen bereits als weitestgehende Realisierung dieser Absicht fungieren, während andere linke Theoretiker:innen eher die Hürden von Selbstverwaltungs-konzeptionen betonten, wobei auch hieraus unterschiedliche Schlüsse gezogen wurden. Einige lehnten Selbstorganisation als Ausdruck von individualistischer Verbürgerlichung ab. Für sie stellte bereits die geringste Erweiterung der klassischen Arbeiter(jugend)bildung in Richtung des Freizeitbereiches eine Gefahr für den Klassenkampf des Proletariats im Produktionsbereich dar (Templin 2015: 149). Andere wiederum, wie etwa Manfred Liebel (1971; 1977), der auch selbst im *Georg-von-Rauch-Haus* aktiv war, oder Anneliese und Udo Maas (1975; 1977a), die an der Mannheimer Fachhochschule für Sozialwesen lehrten und ab 1974 Jugendliche dabei unterstützen in Mannheim-Rheinau ein selbstorganisiertes Jugendhaus zu etablieren, suchten lieber genau innerhalb der Arbeiter:innengeschichte nach undogmatischen und parteiunabhängigen Selbstorganisationspraxen (Maas 1977b). Ihre Kritik an realexistierenden Selbstverwaltungs-konzepten war demnach, dass dort eine Verselbstständigung von Verwaltung (sog. Bürokratisierung) herrschte, die die Selbstorganisationspraxis torpediere. Anstatt sich dogmatisch an teleologische Ideologien zu klammern, müsse man sich in der Jugendarbeit vielmehr an den konkreten Bedürfnissen orientieren (vgl. auch Damm 1973; 1975). Es verwundert daher kaum, dass sich auch fachgeschichtlich diese letzte Fraktion am längsten an der selbstorganisierten Jugendarbeit ausrichtete (vgl. *am Bsp. des JUZ dazu Katzenmaier/Böttcher im vorliegenden Band*; Damm 1993).

Diese hier nur angerissenen Unterschiede, die sowohl für die Jugendzentrumsbewegung als auch die in ihr engagierten Sozialarbeiter:innen und Sozialpädagog:innen gelten, hatten also theoretische wie praktische Konsequenzen. Gerade im Zuge des Professionalisierungsdiskurses, der wiederum sehr eng mit dem Begriff der Partizipation verbunden ist, haben sich die Begriffe Selbstverwaltung und -organisation bis zur Entstellung verzerrt und sind letztlich in ihm untergegangen (Katzenmaier/Böttcher 2021). Zwar wurde im *Kinder- und Jugendhilfegesetz* (SGB VIII) die Jugendarbeit (§11) mit den

Begriffen Selbstbestimmung, Partizipation und soziales Engagement kodifiziert und damit von der Jugendsozialarbeit (§13), die sich deutlich stärker auf die gesellschaftliche Integration von Jugendlichen und damit auf die diesbezüglichen Defizite (sowohl bei den Jugendlichen als auch seinen Sozialisationsbedingungen) fokussiert, unterschieden (vgl. Schwerthelm/Stix 2020). Man sollte aber auch hier die Dialektik des bürgerlichen Rechts nicht verkennen. Dabei ist nicht nur immanente Kritik, also jene, die die Realität an ihrem Anspruch misst, gefragt. Schon hier fiele eine Antwort auf die Frage schwer, warum über 30 Jahre nach Einführung des SGB VIII allseits über Politikverdrossenheit der Jugend geklagt und im aktuellen 16. Kinder- und Jugendbericht so prominent die Aufmerksamkeit auf die „Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter“ gelenkt werden muss. Eine materialistische und historisch-kritische Analyse bleibt bei dieser Erkenntnis jedoch nicht stehen. Wenn Emanzipation und sogar Selbstorganisation noch immer als Gestirne des (sozial-)pädagogischen Himmels, als pädagogische Leitziele von Partizipation erscheinen (Sturzenhecker 2003), warum kam es dann im Zuge der Einführung dieses Gesetzes (trotz seinerzeit bereits erreichtem Ende der Jugendzentrumsbewegung) nicht seitens der Professionellen zu immer neuen Versuchen, selbstverwaltete Jugendzentren zu initiieren. Die Antwort liegt wohl in der Begrenztheit der Pädagogik selbst (und damit in ihrem Verhältnis zur Politik) begründet. Aus der Pädagogik selbst kamen letztlich doch nur selten wirklich namhafte Interventionen gegenüber der gesellschaftlichen Totalität zustande, wirksam war sie meist dann, wenn sie – wie etwa in der Jugendzentrumsbewegung – mit sozialen Bewegungen, also diesem Teil des Politischen (und nicht *der* Politik), eine fruchtbare Liaison einging – und zwar ohne sich mit ihnen identisch zu setzen. Nun stellt sich allerdings die zentrale Frage, wie das JUZ (und in ihm das Verhältnis von Pädagogik und Politik) das Ende der Jugendzentrumsbewegung in den späten 1980er Jahren überwintern konnte und nicht, wie die allermeisten eher früher als später, in dieser Eiszeit erfror. Gerade mit Blick auf die idealistischen Nebelbildungen im Gesetz und in der Fachpublizistik ist das Besondere am JUZ zunächst eben nicht sein politischer, d.h. sein als emanzipatorisch gelabelter Anspruch, sondern die Vorstellung, diesen (wider fast aller bundesweiten Entwicklungen) noch immer durch Selbstverwaltung durchzusetzen.

Mit dem vorliegenden Band wollen wir das JUZ und damit seine selbstverwaltete Jugendarbeit der letzten 50 Jahre würdigen, ohne ihm dabei ein Denkmal zu setzen. Während Denkmalpflege nämlich Aufgabe etwa von Archäolog:innen, Museumsdirektor:innen oder Friedhofswärter:innen ist, also allesamt zuvorderst konservierenden Charakter haben, ist unser Anliegen vielmehr, dem Bedürfnis nach Historisierung (im schlechtesten Sinne), wie vielfach mit der Jugendzentrumsbewegung bereits geschehen, entgegenzuwirken. Trotz aller Verwerfungen, Totsagungen und Brüche ist das JUZ nämlich lebender Beweis dafür, dass das Partikulare nicht zwingend im Allgemeinen auf- bzw. untergehen muss. Wenn man Gesellschaft als „Einheit von Kontinuität und Diskontinuität“ (Adorno 2003: 314) begreift und in ihr das quasi Unzeitliche, also das, was sich den großen historischen Linien widersetzt, mit zu fassen versucht, so muss der Scheinwerfer zunächst auf dieses Abseitige geworfen werden, ohne dabei die neu ausgeleuchtete Bühne sogleich als Wahrheit zu verklären. In einer Zeit von Kriegen, Pandemien und Verschwörungs- wie Vernichtungsideologien scheinen nämlich jeglicher Fortschrittsoptimismus und der Rückzug auf den Partikularismus bereits im ersten Atemzug der Lüge überführt (Distanz 2022). Niemand mag unter solch notwendig geschichtspessimistischem Vorzeichen wahrlich beurteilen können, ob das JUZ nun bloß ein Dinosaurier vergangener Zeiten, ein Fels in der Brandung eines nicht enden wollenden Sturmes, eine Kapsel aus der Zukunft oder doch nur eine abgeschottete „Insel“ von vermeintlich Glückseligen, die jeden Bezug zur Realität verloren haben, ist.

Daraus ergibt sich jedoch nicht notwendig, dass keinerlei normative Aussagen getroffen werden können, denn jede Forschung verfolgt ein Interesse (wenngleich nur allzu oft gegenteiliges behauptet wird). Unser Interesse ist es dabei wiederum nicht, *die* Geschichte des JUZ einfach fortzuschreiben. Würden wir also zu den bestehenden Dokumentationen der JUZ-Geschichte nur ein weiteres Teil hinzufügen wollen, wäre auch das kaum mehr als die Errichtung eines Denkmals – zugegeben: Eines schöneren als die allermeisten in diesem Lande. Obwohl, sieht man vom JUZ-Film einmal ab (Frindt 2020), die letzte größere Dokumentation zum JUZ vor nunmehr 25 Jahren (JUZ-Archiv 1998a) erstellt wurde, ist Dokumentation also nur ein Anliegen des vorliegenden Bandes (und noch nicht einmal sein zentrales). Unser Forschungsinteresse zielt gleichermaßen auf das Besondere wie das Allgemeine

des JUZ: Wieso und wie konnte das JUZ fortbestehen, nachdem die allermeisten sog. Freiräume aus der Jugendzentrumsbewegung allmählich geschlossen wurden? Welche Rolle nahm das JUZ in Mannheim innerhalb der sozialen Bewegungen ein, von denen die Jugendzentrumsbewegung für dieses nur die erste war? Und gibt uns dieses konkrete Beispiel Aufschluss darüber, welche Bedeutung derartige ‚Freiräume‘ innerhalb einer linken Bewegungsgeschichte haben kann? Diese und viele weitere Fragen können auch hier selbstverständlich nicht abschließend beantwortet werden, aber der Band mag einige hilfreiche Hinweise dafür bieten, welche Pfade bei der tiefergehenden Suche eingeschlagen werden können. Ein weiteres Interesse ist es also, neue Forschungen und Diskussionen über selbstverwaltete Jugendarbeit anzuregen.

Unser eigenes Forschungsverständnis lässt sich methodisch mit drei sehr verwandten Zugängen kurz umreißen: *Erstens* ist es, was bereits angeklungen ist, ein *historisch-kritisches*. Das heißt wir versuchen das historisch Besondere am JUZ möglichst konkret darzustellen, ohne dabei die vielfach unbesehenen Quellen lediglich ‚aufzudecken‘ und sie als vermeintlich ‚andere‘ Wahrheit zu präsentieren. Allerdings führt dieses Vorgehen bisweilen dazu, dass wir hier keinen einheitlichen Begriffs- oder Kategorienapparat (z.B. beim Begriff der Selbstverwaltung oder, wenn von JUZ-Phasen die Rede ist) vorzulegen vermögen. *Zweitens* verstehen wir unsere Forschung – und zwar ganz im Sinne unseres eigenen Interesses – als *solidarisch*, zum Großteil sogar als *partizipativ* (Mayrhofer/Waechter/Pflegerl 2019). Unser Anliegen war es nicht nur noch ungeschriebene Anteile der JUZ-Geschichte darzustellen. Wir haben darüber hinaus zahlreiche Forschungsschritte mit der Vollversammlung (VV) des JUZ abgestimmt, immer wieder unsere neuen Überlegungen vorgestellt und die Beteiligten mit in den Prozess einbezogen. Wobei wir hier selbstkritisch anmerken müssen, dass uns die Beteiligung der VV nicht ausreichend gelungen ist. Weder haben wir in einer Frühphase des Schreibprozesses Menschen aus der VV für die konzeptionelle Arbeit gewinnen können, noch haben wir alle Texte in diesem Band mit der VV rückbesprochen. Unser in der Arbeitsweise doch sehr herkömmlicher Schreibprozess, der viel Zeit und akademisches Wissen voraussetzte, war sichtlich eine Schranke, die es uns nicht möglich machte, dieses Projekt als ein Projekt der VV zu bezeichnen. Es beteiligten sich dennoch viele (ehemalig und aktuell)